

Wittgensteiner Zeitung

Die „Wittgensteiner Zeitung“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark / Postkontonto 404 49 Kdn. Strotonto: Kreis-Spartasse Laasphe Nr. 89

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 8 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.

Nummer 146

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Mittwoch den 26. Juni 1929

54. Jahrgang

Neues vom Tage.

Reichspräsident von Hindenburg ist am Dienstag von seiner Ostpreußenreise wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Wie aus Koblenz gemeldet wird, beschäftigt die Befehlshaber-Rundgebungen zum 28. Juni, die sich gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrags und gegen die Kriegsschuldlage richten, zu verbieten.

Der deutsche Kreuzer „Emden“ ist in Ausland (Neuseeland) eingetroffen. Er zeigte neben der deutschen auch die englische Flagge. Er wurde die üblichen Salute gesenkt und Höflichkeitstreffen ausgetauscht.

Der sächsische Landtag hat den bisherigen Volksbildungsminister Dr. Bülger zum Ministerpräsidenten gewählt.

Ein Unwetter, das über das oberschlesische Industriegebiet hinwegging, verursachte durch Hagelschlag einen Schaden von annähernd zwei Millionen Mark.

Nach der amtlichen Statistik zählte Italien Ende 1928 eine Bevölkerung von 41 173 000 Einwohnern, nahezu eine halbe Million mehr als im Vorjahre. Diese starke Bevölkerungszunahme erklärt sich zum Teil aus der streng durchgeführten Auswanderungsbeschränkung.

Zwischen Frankreich und der Türkei wurde ein Abkommen über die Grenze Syriens unterzeichnet. Die Syrien-Grenze wurde zugunsten der Türkei geändert und das türkische Besitzrecht an der Bahn anerkannt.

In Washingtoner Kreisen wird zu Pariser Meldungen erklärt, daß Amerika niemals einen Zusatz zu dem amerikanischen-französischen Schuldenabkommen gutheißen werde, der in irgendeiner Form eine Verbindung mit der Reparationsfrage herstelle.

Erfreuliche Einigkeit.

Die außenpolitische Reichstagsdebatte ist abgeschlossen. Der Reichstag hat den Etat des auswärtigen Amtes, der Kriegskosten und der besetzten Gebiete in der Auswärtigen Angelegenheiten und damit auch die zweite Lesung des gesamten Etats zu Ende geführt.

Im Mittelpunkt der sehr ausgedehnten Diskussionen über die deutsche Außenpolitik stand natürlich die Frage der Pariser Sachverständigenvorschläge für die Reparationen. Gegenüber diesem für die deutsche Außenpolitik zurzeit wichtigsten Thema trat alles andere mehr oder minder in den Hintergrund. Was ist das politische Ergebnis der Debatte?

Zunächst die Tatsache, daß alle Parteien — wie überhaupt alle beteiligten Stellen — schwere Bedenken gegenüber dem neuen Reparationsplan haben. Auch die Regierung hat sie. Und nicht zuletzt die Regierungsparteien — von den Oppositionsparteien ganz zu schweigen. Die Bedenken beruhen in erster Linie auf der Erwägung, daß auch die neue Regelung Deutschland außerordentlich schwere Opfer auferlegt, Opfer, von denen kein Mensch weiß, ob sie tatsächlich gebracht werden können. Das zweite Bedenken richtet sich gegen die lange Dauer der in dem Pariser Plan vorgesehenen Tributverpflichtungen Deutschlands. Sie sollen bekanntlich noch fast das ganze Jahrhundert hindurch dauern und damit drei Generationen belasten.

Diese Bedenken wurden von Rednern aller Parteien zum Ausdruck gebracht. Es ist begreiflich, daß Deutschland bei dieser Sachlage nicht etwa — wie die französische Regierung das getan hat — den neuen Young-Plan einfach annehmen kann, sondern daß es ihn lediglich als geeignete Grundlage für die Beratungen einer Konferenz der beteiligten Regierungen zu betrachten in der Lage ist. So hat schon der Beschluß des Reichskabinetts gelaute, und so hat es Außenminister Dr. Stresemann im Reichstag wiederholt ausdrücklich erklärt. Aber die deutsche Reichsregierung mußte an ihre Zusage noch eine weitere Bedingung knüpfen und sie hat dabei die Zustimmung aller Parteien des Deutschen Reichstages gefunden: die endgültige Annahme des Young-Planes kann nur dann erfolgen, wenn mit dem Beginn der neuen Regelung auch die Räumung der noch besetzten deutschen Gebiete erfolgt.

Dann aber hat der deutsche Außenminister im Reichstag, wiederum unter Zustimmung aller Parteien, seine frühere Erklärung wiederholt, daß für Deutschland die Bildung einer internationalen Kontrollkommission für das Rheinland, die über das Jahr 1935 hinaus im Amt bleiben soll, unannehmbar ist. Diese Erklärung ist sehr wichtig. Denn Frankreich hat wiederholt erklärt, daß es auf die Bildung einer solchen Kontrollkommission großen Wert legt. Wenn diese Kommission nur bis zum Jahre 1935, also bis zu dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Räumungstermin, dauern soll, wird man sich schließlich damit abfinden müssen. Lieber noch eine Kommission, als die ganze Besatzung! Daß aber eine solche ausländische Kontrolle über den Rhein von unbegrenzter Dauer sein, daß sie also noch im Amt bleiben soll, wenn der letzte feindliche Soldat auch nach dem Versailler Vertrag längst den deutschen Boden verlassen hätte — einer solchen Zumutung kann sich keine deutsche Regierung beugen! Weder der Versailler Vertrag noch die Locarno-Verträge geben eine Handhabe für ein solches Verlangen. Sollten die Franzosen darauf bestehen, so würden die ganzen Räumungsverhandlungen, aber auch die ganzen Verhandlungen über die

Pariser Sachverständigenvorschläge scheitern. Das hat Stresemann im Reichstag offen ausgesprochen, und er fand damit, wie erwähnt, die Zustimmung aller Parteien.

Der Reichsaussenminister hat, als er im Verlauf der Reichstagsdebatte zum zweitenmal das Wort ergriff, auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch die Saarfrage, ebenso wie die Räumungsfrage, zur Liquidierung der Kriegsschulden gehört, von der die Reichsregierung ihre Zustimmung zum Young-Plan abhängig machen müsse. „Kein Franzose wird sich unklar sein über den Ausgang einer Volksabstimmung im Saargebiet. Die Bevölkerung dort ist deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben.“ So sagte der Außenminister wörtlich unter lebhaftem Beifall. Man wird auch diese Äußerung überall in Deutschland begrüßen. Von dem vielen Unrecht, das der Versailler Vertrag Deutschland zugefügt hat, ist die Behandlung des Saargebietes besonders schlimm. Es ist höchste Zeit, daß dieses Unrecht wieder gutgemacht wird!

Das wichtigste Ergebnis der außenpolitischen Debatte des Reichstages scheint uns zu sein, daß über alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien hinaus das deutsche Volk mit seiner Regierung erfreulicherweise einig ist in der Forderung: Zustimmung zu dem Pariser Reparationsplan nur, wenn bedingungslos und ohne Kontrollkommission, die über 1935 hinaus dauert, geräumt wird. So sehr man sich im Reichstag über Einzelheiten stritt, so einig war man in dieser Auffassung. Und diese Einigkeit wird, so möchten wir glauben, auch im Ausland ihre Wirkung nicht verfehlen.

Echo des Auslandes.

Nach Stresemanns Reichstagsrede über die deutsche Außenpolitik. — Pariser und Londoner Presseurteile. — Um die Kontrollkommission für den deutschen Westen. — Wo wird die Regierungskonferenz tagen?

Pariser Stimmen

Die Reichstagsrede des deutschen Außenministers Dr. Stresemann über die Stellung Deutschlands zu dem von der Pariser Konferenz vorgeschlagenen neuen Reparationsplan findet im ganzen Ausland starke Beachtung. Die Pariser Blätter geben die Rede ausführlich wieder, zum Teil bringen sie sogar den Wortlaut. Der „Petit Parisien“ erklärt, der Ton der Rede sei im allgemeinen sehr gemäßigend gewesen. Sinnfällige gewisse Fragen, die aus der bevorstehenden Konferenz behandelt werden sollen, habe sich Dr. Stresemann Zurückhaltung auferlegt.

Dagegen habe er den Gedanken an eine ständige Kommission in der entmilitarisierten Zone äußerst bestimmt zurückgewiesen. Die Alliierten würden sich jedoch zweifellos auf die am 16. September in Genf getroffene Entscheidung berufen, im Rheinland nach der Räumung Feststellungs- und Verhörskommissionen zu schaffen, die in gewisser Weise die militärische Überwachung ersetzen sollten. Das Blatt fragt, ob Stresemann sich den Anschein gebe, nicht zu wissen, was Reichskanzler Müller damals anerkannt habe.

Der deutschfeindliche „Figaro“ übt natürlich scharfe Kritik an den Ausführungen Stresemanns. Das Blatt meint, die Ausführungen Stresemanns ließen den Schluß zu, daß er vielleicht im Rheinland vorläufige Subkommissionen zulassen würde. Sicher sei jedenfalls, daß Stresemann entschlossen sei, in Zukunft keine internationalisierte Überwachung im Rheinland zu dulden.

Am wichtigsten sei jedoch, daß Dr. Stresemann die für den 28. Juni, den Tag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, vorgesehene Kundgebung billige und wieder einmal gegen den Vorwurf der Schuld Deutschlands am Kriege Einspruch erhebe. Stresemann wisse sehr wohl, daß der Vertrag von Versailles erst dann zerstört haben werde, wenn es ihn gelungen sei, die deutsche Schuld in Frage zu stellen. Aus diesem Grunde lege er großen Wert darauf, daß die Konferenz in England unter dem Vorsitz eines arbeiterparteilichen Ministers stattfindet. Deutschland rechne vielleicht auf MacDonald, um sich in London für schuldlos erklären zu lassen.

Auch der bekannte französische Journalist Bertinax vertritt im „Echo de Paris“ den Standpunkt, Deutschland hoffe auf die Unterstützung durch die englische Arbeiterregierung. Und die Zeitung „La Presse“ sagt zu der Ablehnung einer ständigen Kontrollkommission durch Stresemann kurz und bündig:

„An dieser Stelle werden die kommenden Verhandlungen sich stoßen, wenn auch ein Scheitern kaum zu befürchten ist, so bleibt das Hindernis doch groß.“

Die Londoner Auffassung.

Die Londoner Blätter geben die Rede Dr. Stresemanns durchweg an hervorragender Stelle wieder, ohne daß sie vorläufig kritisch Stellung dazu nehmen.

Es ist jedoch sicher, daß ihr Inhalt, soweit er sich auf die bevorstehenden Räumungsverhandlungen und die von Frankreich angestrebte Einrichtung einer Kontrollkommission bezieht, in London Zustimmung findet und vielleicht sogar aus tatsächlichen Gründen begrüßt wird. Die bedingungslose Räumung des Rheinlandes wird als die einzige Lösung angesehen, die in Uebereinstimmung mit der Lage und den zeitlichen Er-

fordernissen steht und London kann es daher nur begrüßen, daß von deutscher Seite bereits heute unmissverständliche Darlegungen in dieser Hinsicht gemacht werden, die mit dem englischen Standpunkt vollkommen übereinstimmen.

Allein in einem sehr ausführlichen Berliner Bericht der „Times“ wird die Rede Stresemanns kritisch untersucht. Der Berliner „Times“-Korrespondent legt die deutsche Haltung näher dar und weist darauf hin, daß eine ständige Kontrolle über das Jahr 1935 hinaus unter keinen Umständen in Frage komme. Diese seit langem eingenommene Haltung der deutschen Regierung bleibe grundsätzlich unverändert.

Aber in zuständigen Kreisen würde außerdem die Ansicht vertreten, daß die Aufstellung dieser Frage unwahrscheinlich sei, da sich die Einrichtung einer solchen Kommission vom französischen Standpunkt aus lohnen würde. Eine solche Kommission könnte nicht ein Instrument des Ausgleiches sein, sondern werde notwendigerweise eine Quelle des Mergers darstellen. In den 18 Monaten seit der Räumung der ersten Rheinlandzone sei über diese nicht eine einzige Frage ausgetauscht, für deren Behandlung der Völkerbund nichts ausreichen würde.

Echt belgisch . . .

Wie aus Brüssel gemeldet wird, veröffentlichen alle Blätter längere Auszüge der Stresemann-Rede, aber nur die „Nation Belge“ kommentiert die Rede.

Das Blatt schreibt: Die Rede sei insofern ausgezeichnet, als Stresemann mit offenen Karten gespielt habe. Nach dieser Rede, so folgert die „Nation Belge“, sei es jedoch unmöglich für die belgische und französische Regierung in die Rheinlandräumung unter den aufgestellten Bedingungen von Herrn Stresemann einzuwilligen.

Aus der amerikanischen Presse.

Nach einem Funkpruch aus New York beachtet die amerikanische Presse die Reichstagsrede Dr. Stresemanns sehr stark und unterstreicht die Ablehnung einer ständigen Kommission im Rheinland durch den Reichsaussenminister, sowie seine Erklärung zur Kriegsschuldlage. Die Blätter, die gegen jede Beteiligung der Vereinigten Staaten an den europäischen Angelegenheiten sind, greifen die Anspielung Stresemanns auf Amerika auf und sprechen davon, daß sich Deutschland auf die alliierte Seite treiben lasse.

Die den Alliierten freundlich gesinnte Presse, unter Führung der „New York Times“, beschäftigt sich eingehend mit der Auseinandersetzung zwischen Stresemann und den Deutschen, wobei sie völlig Stresemanns Partei ergreift.

Baden-Baden oder London?

In französischen diplomatischen Kreisen erklärt man, die französische Regierung habe durch Vermittlung Briands und um Dr. Stresemann eine Gefälligkeit zu erwirken, als Tagungsort der politischen Konferenz Baden-Baden vorge schlagen. Sie werde aber auch keine Einwände erheben, daß die Konferenz in London stattfindet.

Frankreich werde auf dieser Konferenz durch Außenminister Briand vertreten sein, in dessen Begleitung sich der Generalsekretär des französischen Außenamtes, Berthelot, befinden. Man ist in Paris der Ansicht, daß die Konferenz nicht mehr als zwei Wochen in Anspruch nehmen werde. Man glaube, die Konferenz würde nur die Fragen prüfen, die sich auf die Räumung des Rheinlandes beziehen.

Amnestie für Elsaß-Lothringen.

Beschluß des französischen Ministerrates.

Wie aus Paris gemeldet wird, beschloß der Ministerrat am Dienstag auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Poincaré, des Justizministers Barthou und des Ministers für öffentlichen Unterricht Marraud, einen Dringlichkeitsantrag in der Kammer einzubringen, der die volle Amnestie für die in Elsaß und Lothringen wegen politischer Delikte Verurteilten vorsieht.

Für die Begnadigung kommen die bis zum 22. Juni 29 gegen die Artikel 86, 88 und 89 des Strafgesetzbuches begangenen Zuwiderhandlungen in Frage, ferner die Gesetzesübertretungen der Beamten und derjenigen Personen, die den am 5. Juni 1926 veröffentlichten Appell an die Elsässer und Lothringer unterzeichnet haben.

Durch die beabsichtigte Amnestie werden die im Kolmarer Prozeß verurteilten Autonomen Dr. Kollin, Roffé, Fagbauer und Schall begnadigt und die Unterzeichner des Heimatbundes-Manifestes rehabilitiert, soweit sie ihrer Beamtenstellungen verlustig gegangen waren.

Dr. Noos im Straßburger Gemeinderat.

Der von dem Schwurgericht Besancon freigesprochene elsässische Autonomenführer Dr. Noos hat nach Meldungen aus Straßburg jetzt zum ersten Male an der Sitzung des Gemeinderates von Straßburg teilgenommen, dessen Mitglied er ist. Sein Platz war mit einem Blumenstrauß geschmückt. Bürgermeister Hueber hielt eine Begrüßungsansprache. Anschließend nahm der Gemeinderat nach einer erregten Aussprache auf Antrag des Abgeordneten Haug eine Entschließung an, daß den Geschworenen von Besancon für ihr Urteil, das eine formelle Zurückweisung des Urteils von Kolmar darstelle, gedankt wird.

Das landwirtschaftliche Hilfsprogramm.

Zollerhöhungen für Butter und Kartoffeln.

Im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages erklärte Reichsernährungsminister Dietrich, daß die Reichsregierung ein Produktionsförderungs- und Betriebsumstellungsprogramm auf fünf Jahre aufgestellt habe. In diesen fünf Jahren könne eine Umstellung der Milchwirtschaft, Käse- und Butterproduktion stattfinden. Für die Uebergangszeit sei ein erhöhter Zollsatz notwendig.

Gegenüber der deutschen Forderung eines Butterzolls von 80 Rm. hält der Minister einen Erziehungszoll von 50 Rm. für die nächsten vier Jahre für zweckmäßig, der vom fünften Jahre ab allmählich abgebaut werden soll. Zur Frage des Kartoffelzolls beschloß der Ausschuss mit 13 gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, den Zollsatz in der Zeit vom 15. Februar bis 31. August auf 4 Rm. und in der übrigen Zeit auf 2 Rm. je Doppelzentner festzusetzen.

Wie noch gemeldet wird, ist ein Beschluß der Reichsregierung zu erwarten, nach dem der deutsch-schwedische Handelsvertrag gekündigt werden soll, nachdem die Bemühungen des Staatssekretärs Heilmann in Stockholm erfolglos geblieben sind. Staatssekretär Heilmann wollte, wie man sich erinnert, das Einverständnis der schwedischen Regierung nachsuchen zu einer Erhöhung der im deutsch-schwedischen Handelsvertrag festgelegten Getreidezölle.

Reichsbahnfragen.

Sitzung des Reichseisenbahnrats. — Minister Stegerwald über Reichsbahn und Young-Plan. — Die Reichsbahn und die übrigen Verkehrsmittel.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hielt der Reichseisenbahnrat eine Sitzung ab, auf der Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald darauf hinwies, daß der Reichseisenbahnrat auch nach der Umgestaltung der Eisenbahnverhältnisse 1924 berufen sei, als unmittelbares Organ der Reichsregierung dieser wichtigen, die Eisenbahn betreffenden Fragen mit seinem wertvollen Rat zur Seite zu stehen.

Die Bedeutung der Eisenbahn werde in der nächsten Zeit besonders hervortreten, da es sich darum handle, die Organisation der Reichsbahn den Beschlüssen der letzten Pariser Sachverständigenkonferenz anzupassen. Mit großer Genugtuung dürfe er in diesem Zusammenhange hervorheben, daß die ausländische Kontrolle bei der Reichsbahn jetzt fortgehe und dadurch der deutsche Charakter der Reichsbahn noch mehr in Erscheinung trete als bisher.

Ich werde mich nach meinen Kräften dafür einsetzen, so erklärte Stegerwald weiter, die finanzielle Lage der Reichsbahn zu verbessern, damit sie in ihrer Tarifgestaltung größere Rücksicht auf die Wünsche der Reisenden nehmen kann. Die schwierigen Verkehrsfragen, die sich aus dem Verhältnisse der verschiedenen Verkehrsmittel untereinander ergaben, würden zur Zeit von einem besonderen, beim Reichswirtschaftsrat gebildeten Ausschuss untersucht, an dessen Arbeiten auch der Reichseisenbahnrat mit neun seiner Mitglieder teilnehme. Der Minister gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen wie bisher im Geiste guten Einverständnisses mit der Reichsbehörde geführt werden, und daß es gelingen möchte, auch bei den schwierigsten Verkehrsproblemen eine Lösung zu finden, die den berechtigten Anforderungen der Wirtschaft und den berechtigten Interessen der Reichsbahn in angemessener Weise entspricht.

Deutscher Reichstag.

Regelung der Rentenfrage. — Republikshutzgesetz in dritter Lesung. — Handelsverträge.

Berlin, 25. Juni.

Auf der Tagesordnung der Dienstsitzung stand zunächst die zweite Beratung des

Sperregesetzes für Rechtsstreitigkeiten über ältere staatliche Renten.

Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt, aber eine Einschränkung dahin beschlossen, daß Renten an Universitäten und sonstige Unterrichts- und Erziehungsanstalten, Kirchengemeinschaften, Waisenhäuser, Krankenhäuser oder ähnliche gemeinnützige Unternehmungen von der Regelung ausgenommen bleiben.

Die Deutsche Volkspartei hat ihren im Ausschuss abgelehnten Antrag wieder eingebracht, wonach das Gesetz keine Anwendung finden soll auf Streitigkeiten, die vor Schiedsgerichten anhängig sind. Die Sozialdemokraten beantragten, dem Gesetz eine Einschränkung zu geben, durch die die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen werden soll.

Reichsjustizminister v. Guérard erklärte, dieses Gesetz entspreche einer Notwendigkeit, die früher von allen Parteien anerkannt worden ist. Die Erregung weiterer Volkskreise darüber ist begreiflich, daß eine ungewisse Überwertung verfügt wurde für Renten, die auf mittelalterlicher Grundlage beruhen. Es handelt sich um rund 9000 ältere Renten, die einen Aufwand von insgesamt neun Millionen Reichsmark erfordern. Davon entfallen etwas weniger als zwei Millionen auf Standesherren. Die Regierung könnte es nicht verantworten, wenn vor der in nächster Zeit zu erwartenden gesetzlichen Neuordnung der Materie noch einzelne Rechtsstreitigkeiten nach dem geltenden Recht entschieden werden, so daß sie von dem neuen Gesetz nicht berührt würden. Der Minister erklärte, daß das Sperregesetz keine Verfassungsänderung darstelle.

Abg. v. Eideiner-Wildau (DnA) wies darauf hin, daß der Reichstag vier Jahre Zeit gehabt habe, eine endgültige Regelung für diese Renten zu treffen, der sich die Deutschen national grundständig niemals verschließen hätten.

Abg. Dr. Kahl (DnA) trat gleichfalls der Auffassung des Justizministers in der Frage der Verfassungsänderung entgegen. Der Gesetzesentwurf bedeute eine Verhüllung der Tatsache, daß man eine bestimmte Zahl ganz begrenzter Einzelverfahren treffen wolle.

Abg. Heilmann (Soz.) erklärte, der hier für den verfassungsändernden Charakter geführte Beweis sei nicht schlüssig. Wenn eine Durchbrechung der Verfassung vorliege, würde man auch mit Zweidrittelmehrheit das Gesetz nicht annehmen können, ohne vorher eine Verfassungsänderung herbeizuführen.

Während der Rede des Abg. Heilmann hatte Abg. Dr. Göttsch (Nat-Soz.) den Redner wiederholt durch Rufe „Barmherziger“ unterbrochen. Nach Schluß der Rede gingen einige Sozialdemokraten nach rechts hinüber in die Nähe der Nationalsozialisten. Die Abgeordneten Dr. Feil und Dr. Göttsch (Nat-Soz.) riefen darauf laut: Herr Präsident, wir werden hier bedroht! Von d

Sozialdemokraten wurde erwidert: Feiglinge, die erst schimpfen und dann Angst haben! Abg. Dr. Göttsch: Sie verlassen sich auf Ihren Präsidenten, der uns nicht schützt. — Präsident Eide hat den Abgeordneten Göttsch wiederholt, endlich Ruhe zu mahnen. Er habe die ganzen Zwischenfälle hervorgerufen durch das dauernde Geschrei, mit dem er den Redner fortwährend unterbrochen habe.

Die Abgeordneten Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) und Dr. Lobe (Volkspartei) hielten das Gesetz für verfassungsändernd. Abg. Landsberg (Soz.) war der Auffassung, daß es einer Zweidrittelmehrheit nur bedürfe bei Gesetzen, die unzweifelhaft gegen die Verfassung verstößen und nicht bei Gesetzen, wo nur Zweifel bestehen.

Auch die Abg. Dr. Haas (Dem.) und Dr. Pfleger (Bayer. Vp.) hielten das Gesetz für verfassungsändernd.

§ 1 des Gesetzes, der die Ausübung der Rechtsstreitigkeiten vorsieht, wurde darauf angenommen. Zum § 2 wurde der volksparteiliche Antrag, Schiedsgerichtsverfahren auszunehmen, abgelehnt. Darauf wurde auch § 2 angenommen, und zwar mit 197 gegen 149 Stimmen. Auch über den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung der Präambel über die Verfassungsänderung mußte durch Abstimmung entschieden werden. Gegen den Antrag stimmten die Rechte, die Demokraten und einige Zentrumsabgeordnete. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 183 gegen 171 Stimmen angenommen. Auf der rechten Seite wurde dieses Ergebnis mit großer Unruhe aufgenommen.

Es folge die dritte Lesung des

Verlängerung des Republikshutzgesetzes.

Abg. Masfolski (Komm.) bekämpfte nochmals diese Verlängerung.

Abg. Dr. Göttsch (Nat-Soz.) erklärte, seine Partei sei gegen politische Moratorien. Es werde aber einmal die Zeit kommen, wo diejenigen, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben, legal aufgehängt werden. (Großes Gelächter.)

Die Schlußabstimmung über das Gesetz erfolgt erst nach der dritten Lesung des Etats. Der

deutsch-estnische Handelsvertrag

ging an der Tagesordnung. Das Haus ging zur zweiten Beratung des Zusatzabkommens zum

Handelsvertrag mit der Schweiz.

Der Ausschuss hat dieses Abkommen abgelehnt. Verbunden mit der Beratung ist eine Ausnahmestellung, die einen Zollsatz für die Schuhindustrie verlangt, ferner der Gesetzentwurf über die Ausübung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz über die Ausfuhrverbote für Häute, Felle und Knochen, dem der Ausschuss zugestimmt hat.

Preussischer Landtag.

Die westlichen Grenzgebiete. — Ausbau der Häfen. — Volksschullehrerbefoldungsgesetz.

Berlin, 25. Juni.

Im Preussischen Landtag, der am Dienstag nach längerer Pause wieder zusammentrat, begrüßte zunächst Präsident Bartels das Ableben des erst am 20. Mai in den Landtag eingetretenen sozialdemokratischen Abgeordneten Garbe-Bochum und des seit mehr als 33 Jahren der Zentrumsfraktion angehörenden Abg. Grunow-Nippenhusen.

Ohne Ansprache fanden dann Anträge des Verkehrs-ausschusses Annahme, wonach das Staatsministerium ersucht wird, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die

westlichen Grenzgebiete,

insbesondere auch diejenigen, die durch die derzeitige Abtrennung des Saargebietes ihr Hauptabgabengebiet für landliche Produkte verloren haben, durch Kraftwagen eine neue regelmäßige Verbindung mit den nächstgelegenen größeren Absatzgebieten erhalten.

Das Haus nahm weiter Anträge des Bevölkerungspolitischen Ausschusses an, die einen stärkeren Einfluß der Jugendämter bei der Beaufsichtigung der Kinderarbeit fordern.

Es folgte die 1. Lesung des

Polizeikostengesetzes.

Der Staatsrat hat sich bekanntlich gegen den Entwurf ausgesprochen, weil er nur den Gemeinden mit staatlicher, nicht aber denen mit kommunaler Polizei, einen besseren Lastenausgleich bringt. Der Gesetzentwurf wurde nach kurzer Aussprache an den Hauptausschuss verwiesen.

Das Haus trat dann in die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Umwandlung der Stettiner Hafengesellschaft ein.

Nach längerer Aussprache wurde der Gesetzentwurf in dritter Beratung mit großer Mehrheit en bloc verabschiedet.

Die Novelle zum

Volksschullehrerbefoldungsgesetz,

wonach zur Unterhaltung leistungsschwacher Gemeinden von dem Gesamtbeitrag des Schulungsgeldes 20 v. H., statt bisher 15 v. H., dem Ergänzungsfonds zugewiesen werden sollen, wurde auf sozialdemokratischen Antrag an den Ausschuss zurückverwiesen.

Das Haus nahm dann noch einen Antrag des Rechtsausschusses auf Verringerung der Zwangsvollstreckungsvorschriften der Reichszivilprozessordnung an und vertagte sich auf Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Anträge über Grenzlandfragen und Lohnfragen. Notverordnung über die Realsteuer.

Politische Tagesschau.

— Zum Konfordat in Preußen hat der Verfassungsausschuss der Evangelischen General Synode Preußens eine Resolution beschlossen, in der es u. a. heißt: Die General Synode spricht die Erwartung aus, daß die gleichgeordneten Körperschaften des preussischen Staates sofern sie die schwere Verantwortung für die Zustimmung zu dem Vertrag mit der katholischen Kirche auf sich nehmen wollen, ihn nicht genehmigen werden, ohne gleichzeitig einen, die evangelischen Kirchen befriedigenden Vertrag zu verabschieden. Die General Synode hat sich über die Richtlinien und über den Inhalt eines solchen Vertrages mit der Kirchenleitung verständigt. Sie beauftragt den Kirchenrat, bei der Staatsregierung die Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen unverzüglich zu beantragen, und ermächtigt ihn, auf Grund der Richtlinien einen Vertrag abzuschließen.

— Zum Verbot von Kundgebungen im besetzten Gebiet. Zu dem Verbot von Kundgebungen im besetzten Gebiet anläßlich der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles wird mitgeteilt, daß die Interalliierte Rheinlandkommission bereits im Februar an das Reichskommisariat für die besetzten Gebiete einen Brief gerichtet hat, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß alle Kundgebungen am 28. Juni anläßlich der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages,

sofern sie die Würde und Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden könnten, von vornherein verboten würden. Der Reichskommisariat oder die nachgeordneten Instanzen würden bei eventuellen Vorankündigungen von der Interalliierten Rheinlandkommission verantwortlich gemacht werden. Dieser Mitteilung, die bereits einem verschleierte Verbot der Kundgebungen gleichkommt, ist nunmehr das amtliche Verbot gefolgt.

Aus Laasphe und Umgegend.

* Laasphe, 26. Juni. (Einbruchsdiebstahl.) Ein leider erfolgreicher Einbruch wurde in vergangener Nacht bei drei hiesigen Einwohnern verübt und zwar in der Wirtschaft Bode (früher Nio Roth), in der Konditorei Schröder sowie bei der Wwe. Schäfer, Bahnhofstraße. In den beiden Geschäften erbeuteten sie 5000 Zigaretten und ca. 100 Mk. in bar. Bei der Wwe. Schäfer ließen sie ein Fahrrad mitgehen. Als Täter vermutet man drei fremde junge Burtschen, die gestern pioniierend beobachtet wurden. Unsere Polizei hat die Verfolgung mit Kraftwagen aufgenommen.

* Laasphe, 26. Juni. Die Sommer-Saisonauverkäufe beginnen in diesem Jahr am Montag, 15. Juli, und dürfen bis zu zwei Wochen dauern. Bemerkenswert ist die Abhaltung von Reste-Verkäufen unmittelbar vor oder nach Inventur- und Saisonverkäufen als eine Verlängerung dieser Ausverkäufe und damit als ein Verstoß gegen das Gesetz betr. den unlauteren Wettbewerbs anzusehen. Diese Auffassung ist in verschiedenen Urteilen klar zum Ausdruck gekommen; es wird deshalb ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht und vor derartigen Resteverkäufen gewarnt.

□ Banse, 26. Juni. Am verflossenen Sonntag feierte der Männergesangsverein Banse das Fest seines 50jährigen Bestehens unter Anteilnahme fast der ganzen Gemeinde. Eingeleitet wurde das Fest am Abend vorher durch Zapfenstreich mit Fackelzug, Feuerwerk und Konzert, sowie am folgenden Morgen durch Wecken und Spielen von Chören bei den Ehrenmitgliedern. Am Festtage mittags ab 1 Uhr fand die Abholung der Gastvereine statt, worauf sich alsbald der imposante Festzug in Bewegung setzte, wie ihn Banse wohl noch nie gesehen hat. Als Zeichen guten Einverständnisses sei besonders erwähnt, daß die in Betracht kommenden übrigen Vereine der Gemeinde — Krieger- und Sportverein — zahlreich vertreten waren. Auf dem schon gelegenen Festplatz des Kriegervereins angekommen, begrüßte der Gesangsverein Banse zunächst seine Gäste durch den schönen Gruß: „Gott grüße dich“, worauf der Vorsitzende des Vereins das Podium zur Festrede bestieg. Nach herzlichem Begrüßungs- und Willkommensworten gedachte er zunächst der Gründung des Vereins im Jahre 1879, hierbei dem verstorbenen Lehrer Hansmann als Gründer und wohl auch Vater des Vereinsgedankens in erster Reihe Dank zollend. Als Gründungsmitglieder waren im Zuge mitangereisten Schreinermeister Ludwig Roth und Gastwirt Ludwig Rothenpieler, diese wurden besonders begrüßt. Als dann wurde zum Andenken an die Vereinsgründung das nach Lieberlieferung zuerst eingelebte Lied: „Wohin wir es wieder“ vorgetragen. Sodann nahm die Erörterung der weiteren Vereinsgeschichte ihren Fortgang. Als weitere Dirigenten traten Hauptlehrer Franz, Lehrer Dübber und Engemann in Erscheinung. Ersterer war anwesend und wurde besonders begrüßt, allen Dirigenten, auch dem heutigen Hauptlehrer Mittelmann Dank dargebracht für ihre Aufopferung und Leistungen. Es war dann noch aus der Rede zu entnehmen, daß sich der Verein bald auf Höhen, bald in Tiefen bewegt hat. Als besonderer Höhepunkt ist das Jahr 1904 anzusehen, wo der Verein sein 25jähriges Jubiläum begehen konnte. Besondere Aufmerksamkeit trug der Kriegsjahren ein; nach dem Kriege regte sich alsbald der Vereinsgedanke wieder kräftiger. Der heutige Mitgliederstand beträgt ca. 100, wovon 40 aktive Sänger sind, darunter ein Mitglied über 40, vier Mitglieder über 25 Jahre dem Verein aktiv angehören, außerdem zählt der Verein vier Ehrenmitglieder. Erwähnt wurde weiter, daß der Verein früher aus seinem ruhigen Gähnwasser nicht herausgetreten, in den letzten Jahren sich dazu aufgeschwungen habe, einige Wettstreite zu besuchen und mit ersten und zweiten Preisen nach Hause gekommen sei. Hierbei dankte der Redner noch ganz besonders der unermüdbaren Arbeit des jetzigen Dirigenten Hauptlehrer Mittelmann. Zum Schluß dieser Vereinsgeschichte gedachte der Redner in warmen Worten der durch den Tod seit Gründung des Vereins abgerufenen Mitglieder, insbesondere auch der sechs Mitglieder, welche im Kriege gefallen sind. Er benutzte die Gelegenheit, den Anwesenden und ganz besonders der ihm versammelten Jugend die Mahnung zuzurufen: Vergiß, mein Volk, die feuren Toten nicht, vergiß nicht, daß sie ihr Herzblut dahingegeben haben, daß der raue Krieg nicht in unsere friedlichen Blüten getragen wurde. Er ließ dann entblößen das Haupt und eine Minute stillen Gedenkens den Verstorbenen weihen. Die weiteren Worte des Redners forderten nun auf, die Gedanken der Wehmut und des Schmerzes zu verlassen und sich dem Tage hinzugeben unter der Devise: „Gefang erfreut das Leben, Gefang erfreut das Herz!“ Er schloß die Festrede mit dem Satz: das deutsche Volkslied als in allen Lebenslagen passend, entwarf diesbezüglich ein Bild des Sängers von der Wiege bis zur Bahre. Sein Ausklang bestand in der Mahnung an die Freunde aus nah und fern: „Lassen Sie uns allezeit im Liede verbunden sein und helfen wir somit Frieden und Eintracht unter allen Volksschichten unseres schwer geprüften Vaterlandes fördern und somit beitragen zum Wiederaufbau desselben.“ Gegeistert stimmte die Menge dann in das Hoch auf unser geliebtes Vaterland und das deutsche Volkslied ein und sang anschließend das Deutschlandlied. Auf die Rednertribüne traten dann noch: Frau Hauptlehrer Mittelmann, um unter Glückwünschen eine von den Frauen und Jungfrauen der Mitglieder gestiftete prachtvolle Fahnenfahne zu überreichen. Bürgermeister Dr. Schulenburg überreichte mit entsprechender Ansprache eine von der Staatsregierung gestiftete Zelters-Plakette. Gemeindevorsteher Dör überbrachte die Wünsche der Gemeinde, Lehrer Nichtlein-Niederlaasphe die Wünsche der anwesenden acht auswärtigen Vereine. Der Sportverein Banse überreichte durch Junglehrer Schmidt einen Fahnenmagel, desgleichen der Nachbarverein Fischelbach durch seinen Vorsitzenden Bester einen Fahnenmagel. Der Vorsitzende des Zubervereins dankte bewegt für alle diese unerwarteten Ehrungen. Als dann nahm das Fest den denkbar schönsten Verlauf, auch das Wetter hatte sich inzwischen gebessert. Die Vereine trugen ihre Lieder vor und erteilten reichen Beifall. Es drängte sich jedermann das Gefühl auf, daß der Verein es sich hat an-

Turn - Anzüge



für Damen, Herren u. Kinder

in allen Größen vorrätig bei

Jac. Ludw. Hammer jr.

Gegr. 1832 Laasphe Tel. 55

Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste mit modernem Vorkonturprofil zur Beseitigung fauliger, überflüssiger Speisereste in den Zahngewölbekrümmungen und zum Weisputzen der Zähne. Die gel. gelb. Chlorodont-Zahnbürste von besserer Qualität, für Erwachsene 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf., ist in blau-schwarzer Original-Chlorodontpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

kl. 1558.

31 **Lies Rainer.**

Geschichte einer Ehe von Leontine v. Winterfeld.

Damit ließ sie ihn stehen und ging aus der Tür. — Es geschah, wie Ernst gefürchtet hatte. Gisela kam zu früh nieder und schwebte zwischen Tod und Leben, ebenso ihr Kind, ein unendlich kleines Mädchen. Wochenlang war beider Leben in Gefahr.

Bis der Frühling ins Land kam und der kranken Mutter allmählich die verlorenen Kräfte wiederbrachte, — ganz allmählich.

Nach ihrem Kinde fragte Gisela nicht, sie sah es kaum an.

Als sie dann wieder etwas aufstehen durfte, täglich einige Stunden nur, brachte ihr Lies auch öfter das Kind. Die ersten Male beachtete sie es kaum. Aber einmal sah sie es doch aufmerksamer an, fast neugierig.

„Das arme Wurm“, murmelte sie leise und fuhr ihm mit ihrer abgekehrten Hand über das Köpfchen. Lies war glückselig über dies winzige kleine Zeichen von Teilnahme.

Lies war so voller Hoffnung nach dem kleinen Erlebnis.

Am nächsten Tag, als sie wieder bei der Schwägerin war und das kleine nebenan schlief, wurde Gisela unruhig.

„Ich weiß nicht, sie schreit jetzt immer so viel. Es wird ihr doch nichts fehlen? Sindest du sie auch so zart, Lies?“

Lies beruhigte sie und war wieder ein Quentchen glücklicher als gestern über Gisela.

Als sie fortgehen wollte, traf sie Ernst auf der Treppe. Sie streckte ihm beide Arme entgegen.

„Ach, Ernst, ich freue mich ja so mit euch, daß nun alles glücklich vorüber ist. Gisela zeigt auch schon viel mehr Interesse für das Kind, — wirklich, — sieh mich nicht so unglaublich an.“

Er holte tief Atem. Es klang fast wie Seufzen.

„Wenn wir nur das Kind durchbekommen“, sagte er leise, — „es ist sehr schwach und zart. Es kann ja ein Wunder geschehen, aber — ich glaub's nicht.“

Es klang so traurig und hoffnungslos, als er das sagte, und ging still nach oben.

Da fand er Gisela an der Wiege der Kleinen, die eingeschlafen war. Wie ein freundiger Schreck fuhr's ihm durch die Glieder.

Er beugte sich über sie und küßte sie auf die Stirn. Dann sah er auf sein Kind, dies winzige flackernde Lebenslämpchen, das kaum schon daselbstberechtigt schien. Mit großen Augen hing Gisela an seinen Lippen.

„Wie findest du es heute, Ernst?“

Er sah sie nicht an. Sie hätte sonst gemerkt, daß er log.

„Ich denke besser.“

Er beugte sich tief herab und lauschte auf den Atem des kleinen schlafenden Wesens.

„Ernst —“ ihre Stimme klang schen, wie von verhaltener Angst, „bitte, Ernst, — sag' mir die Wahrheit, — glaubst du, daß die Kleine durch meine Schuld so schwach und matt ist? Weil ich nicht vorsichtiger war vorher?“

Er richtete sich auf und sah sie an. War das Gisela — seine Gisela, die so fragte? In seinen Augen stand eine heiße, harte Freude.

„Gisela“, sagte er leise, — „das kann niemand wissen. Mach' dir jetzt keine Vorwürfe.“

Ihre Lippen waren weiß geworden.

Kriegerverein Laasphe.

Zu dem am **Sonntag, den 30. Juni 1929** im **Lahnbad** stattfindenden

Schießen

laden wir hiermit sämtliche Mitglieder freundlichst ein.

Gewehre und Patronen werden vom Verein gestellt. Geschossen wird nur mit Wehrmannsbüchsen auf eine 20er Ringscheibe. (Wehrmannscheibe).

Antreten:

Mittags 13 Uhr am Bahnhof Laasphe.

Abmarsch: mit Tambourkorps 13 1/4 Uhr.

Beginn des Schießens 13 1/2 Uhr.

Schluß „ „ 17 Uhr.

Anzug: Mähe.

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Wirtschaft ist vorhanden.

Laasphe, den 25. Juni 1929. **Der Vorstand.**

Regenkleidung

Continental
Gummi-Mäntel
Loden-Mäntel
Windjacken

finden Sie in großer Auswahl bei

Friedr. Loos I., Laasphe

Telefon 177.

Installationen

elektrischer Licht- und Kraftanlagen,

Reparaturen

elektrischer Apparate und Maschinen,

Ankerwicklungen, Prüfung und Ueberwachung elektrischer Anlagen

werden fachmännisch und billig ausgeführt.

C. C. Bang G.m.b.H.

Friedrichshütte-Laasphe.

Mitglied des Reichsverbandes des deutschen Elektro-Installateur-Gewerbes (VEI).

Wer Honig

kennt, weiß, daß Honigkauf Vertrauenssache ist. Reiner Honig

heilt

und nährt. Unsere Firma borgt Ihnen für Reinheit und Güte

10 Pf.-Dose Mk. 11.—
5 Pf.-Dose Mk. 6.—

frei Haus durch Nachnahme

Reformhaus Freya,

Frankfurt a. M.,
Schäfergasse 25.

Postcheckkonto 5252 Hfm.

Auf dem Sängertag in Hanse ist ein neuer

Schwedenmantel

abhanden gekommen. Die erkannte Person wird hierdurch aufgefordert, den Mantel binnen 3 Tagen in Feudingen, Hs. Nr. 246, abzugeben, andernfalls Anzeige erstattet wird.

Lokomobile,

Fabrikat Wolf, Magdeburg-Buckau, 30—40 PS., 3. Zeit im Betrieb zu beschäftigen, sofort zu verkaufen. Angebote unter **J. R.** an die Exp. dieses Blattes erbeten.

Solider Arbeitsgehilfe

sosort gesucht.

Georg Struckmeier,
Erndtebrück.

1 Paar Schuhe

auf dem Wege Volkholz-Feudingen gefunden. Auskunft gibt die Geschäftsfelle der Wittg. Stg.

Kaufen Sie Ihren Seifenbedarf bei mir:

1/2 Dg. Feinseife 100 Gr. Sid.
3 kg. beste Kernseife
3 Stck. gute Aufnehmer
1/2 Pf. Schuhereme

alles erstklassige Ware für nur Mk. 6.85 franko unter Nachnahme, beim

Seifenverwandhaus Siegen 2 i/Westf.
Frankfurterstr. 25.

Zur Heuernte empfehle:

la Senfen,

Senfenbäume, Heuresen, Wegete, Hornschlucker, Futtergabeln, Heugabeln, Dangelhämmer, Dangelambosse, Heuseile, Kollseile, Baurollen, Heublader u. s. w.

in nur ersten Qualitäten und billigsten Preisen.

Aug. Mittelmann,
Laasphe.

Radio STÄHLER

TELEF. 180

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 27. Juni.

6.30: Morgengymnastik; anschließend Wetterbericht und Zeitangabe. 12.30: Schallplattenkonzert: Buntes Programm. 18.08 bis 18.35: Stunde der Jugend. 18.35—19.05: Hausfrauen dienst. 19.05—19.35: Konzert des Rundfunkorchesters. 19.35—19.45: Stunde des Südwestdeutschen Radioklubs. 19.45—19.55: Stenographischer Fortbildungskursus. 19.55—19.45: „Photographie“, die internationale Sprache, Vortrag von Cassa Stone, Berlin. 19.45 bis 20.15: Stunde der „Frankfurter Zeitung“. 20.15: Von Stuttgart: Ein Walzertraum, Operette in drei Akten; anschließend von Kassel: Konzert des Anlauffischen Madrigalchors.

Radio-Anlagen

durch **H. Schröder, Laasphe, Kirchplatz 4, Tel. 111.**